

DIE HALTUNG DER TSCHECHISCHEN UND
POLNISCHEN POLITISCHEN ELITEN
ZUR MITTELEUROPA-KONZEPTION
FRIEDRICH NAUMANN'S

Von Tadeusz Kopyś

Die Pläne, in Ostmitteleuropa einen Wirtschaftsverband unter deutscher Führung zu gründen, reichen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Damals bemühten sich der österreichische Ministerpräsident, Felix Fürst zu Schwarzenberg, und sein Handelsminister, Karl Ludwig von Bruck, um die Schaffung eines mitteleuropäischen Zollvereins nach dem Vorbild des seit 1834 bestehenden „Deutschen Zollvereins“. Die Umsetzung scheiterte jedoch am wachsenden Gegensatz zwischen Österreich und Preußen. Erst der Abschluß eines Verteidigungsbündnisses zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich schuf 1879 die Voraussetzungen für eine weitere Zusammenarbeit der beiden Mächte in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan. Es sollte sich schon bald zeigen, daß die ursprünglich rein militärische Allianz im wachsenden Interesse der Bündnispartner am südosteuropäischen Raum und in der immer deutlicher werdenden Rivalität zwischen Rußland und Österreich auf dem Balkan eine solide Grundlage hatte.¹

Darauf setzte auch der Beitrag des liberalen Politikers und Publizisten Friedrich Naumann zur deutschen Kriegszieldebatte. In seinem Buch „Mitteleuropa“ forderte er die Zusammenfassung des militärischen und wirtschaftlichen Potentials der mitteleuropäischen Völker in einem zentral geführten „Oberstaat“. Über kulturelle Fragen im weitesten Sinne sollten die Völker dagegen autonom entscheiden dürfen, da in diesem Bereich eine Vergemeinschaftung weder notwendig noch sinnvoll sei. Mit Rücksicht auf zukünftige Friedensverhandlungen sowie den Völkerwillen, auf den sich der mitteleuropäische Verband stützen müsse, vermied Naumann Äußerungen zu Umfang und innerer Gliederung der Union. Er ließ damit viel Raum für Diskussionen und Spekulationen unter den Eliten der Völker, die aufgerufen waren, sich am Mitteleuropa-Projekt zu beteiligen.²

¹ Pajewski, Janusz: *Mitteleuropa. Studia z dziejów imperializmu niemieckiego w dobie I wojny światowej* [Mitteleuropa. Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg]. Poznań 1959, 1–6. – Geiss, Imanuel: *Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*. Hamburg 1960 (Diss.) 23–41. – Hartung, Fritz: *Deutsche Geschichte 1871–1919*. Leipzig 1939, 313. – Grossfeld, Leon: *Polityka państw centralnych wobec sprawy polskiej w latach 1914–1918* [Die Politik der Mittelmächte in der polnischen Frage 1914–1918]. Warszawa 1962, 54–60. – Eine ähnliche Thematik berührt die Arbeit von Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution)*. München 1977.

² Naumann, Friedrich: *Mitteleuropa*. Berlin 1915.

Es muß jedoch betont werden, daß schon Naumanns reichsdeutsche Zeitgenossen – Publizisten wie Wissenschaftler – eine mitteleuropäische Union für nicht realisierbar hielten. Zwar hätte es für ein solches Bündnis politische und wirtschaftliche Voraussetzungen gegeben, doch fehlten die kulturellen Bindungen zwischen den Völkern Mitteleuropas. Ähnlich wie Österreich-Ungarn hätte eine solche Union ein Vielvölkerstaat sein müssen und keine straff zentralistische Führung, wie die militärischen Kreise des Deutschen Reiches dies wünschten, vertragen. Auch gab es in der deutschen Politik die Befürchtung, daß die Einbeziehung so vieler Völker in die Union keineswegs zur Stärkung, sondern im Gegenteil zur Schwächung, ja Auslöschung der deutschen Hegemonie in diesem Teil Europas führen würde. Trotzdem waren fast alle Publizisten der Meinung, daß Länder wie Litauen, Kurland, Polen oder Belgien zu schwach wären, um selbständige Wirtschaftseinheiten zu bilden, und hielten zumindest eine Zollunion für notwendig.³

Im Deutschen Reich stieß das Mitteleuropa-Projekt auf lebhaftes Interesse. Für die heftigsten Diskussionen sorgte es auch in der Habsburgermonarchie, denn man erkannte dort, daß Deutschland vor allem an den Märkten des Donauraumes interessiert war. Im vorliegenden Beitrag sollen die Reaktionen der politischen Eliten von Tschechen und Polen auf die Pläne zur Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes analysiert werden. Der Vergleich erscheint lohnenswert, weil das Niveau der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bei den beiden Völkern unterschiedlich war und sich Polen und Tschechen auch hinsichtlich ihres Anteils am politischen Leben der Monarchie unterschieden. Ihre Eliten reagierten deshalb auch höchst unterschiedlich auf das Naumann-Projekt.⁴

Die Quellengrundlage dieser Untersuchung bilden Publizistik und Memoiren aus den Kriegsjahren und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Um sich ein Bild von der öffentlichen Meinung zu machen, wurde teilweise auch die Tagespresse ausgewertet. Die Posener Blätter „Dziennik Poznański“ (Posener Tagblatt) und „Głos Narodu“ (Volksstimme) wurden berücksichtigt, obwohl sich an der staatsrechtlichen Stellung der Provinz Posen auch bei Realisierung des Mitteleuropa-Projektes nichts ändern

³ Brandenburg, Erich: Deutschlands Kriegsziele. Leipzig 1917, 30–31, 70. – Weiterführend: Mecklenburg-Schwerin, Johann Albrecht zu: Deutsche Ziele: Reden bei der ersten öffentlichen Partei-Kundgebung/Deutsche Vaterlandspartei. Berlin 1917, 8–14. – Falkenhayn, Erich von: Die oberste Heeresleitung 1914–1916 in ihren wichtigsten Entschlüssen. Berlin 1920, 189.

⁴ Die Pläne der deutschen Wirtschaft in Polen sind relativ wenig erforscht. In Polen hat sich Janusz Pajewski mit dem Mitteleuropa-Projekt beschäftigt. Pajewski, Janusz: Odbudowa państwa polskiego [Der Wiederaufbau des polnischen Staates]. Warszawa 1978. – Ders.: Mitteleuropa. – Andere Studien beschränken sich auf die Darstellung der deutschen Politik im besetzten Polen. Die mit dem Naumann-Plan verbundenen politischen Erwägungen der Polen selbst werden nicht berührt. Unter den tschechischen Historikern hat sich vor allem Zdeněk Jindra mit dem deutschen Imperialismus beschäftigt, allerdings entspricht seine Interpretation ganz den ideologischen Vorgaben der späten fünfziger Jahre. Jindra, Zdeněk: K otázce pronikání německého imperialismu na jihovýchod v období před rokem 1918 [Zur Frage des Vordringens des deutschen Imperialismus nach Südosten vor dem Jahr 1918]. Praha 1961. – Ders.: Der Plan der deutschen Hegemonie in Mitteleuropa. In: Ders./Křížek, Jurij: Beiträge zur neuesten Geschichte der mitteleuropäischen Völker. Praha 1960, 49–94.

sollte. Dennoch waren die dort lebenden Polen von den Mitteleuropa-Plänen sehr wohl betroffen, was ihre Ansichten für uns interessant macht. Die im österreichischen Galizien favorisierte austropolnische Lösung der polnischen Frage spiegelt sich besonders deutlich in der „Nowa Reforma“ (Neue Reform). Was das politische Spektrum betrifft, so beschränkt sich der vorliegende Beitrag auf jene Gruppierungen, die nach dem Krieg in der Tschechoslowakei und Polen an die Regierung kamen. Sie hatten in der Kriegszeit teilweise emigrieren müssen, so die tschechischen Realisten um Tomáš G. Masaryk und Edvard Beneš. Da Naumann wirtschaftlichen Fragen große Bedeutung beimaß, wurden auch die Positionen führender tschechischer Wirtschaftsvertreter und polnischer Nationalökonomien berücksichtigt. Neben dem politischen Ziel der staatlichen Unabhängigkeit hatten tschechische und polnische Politiker stets auch den wirtschaftlichen Vorteil ihrer Völker im Blick.

Die tschechische Sicht auf das Mitteleuropa-Projekt

Die tschechische Nationalbewegung war entschieden gegen die Mitteleuropa-Idee. Sie hielt die Konzeption Friedrich Naumanns für ein Ergebnis der deutschen Großmachtspolitik, deren Ziel in der Erringung der ökonomischen Vorherrschaft – erst in der Mitte Europas, dann auf dem ganzen Kontinent – lag. Im Rahmen des Habsburgerreiches stand die böhmische Wirtschaft konkurrenzlos da. In Mitteleuropa konnte nur die reichsdeutsche Industrie mit ihr konkurrieren. Innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie aber war Böhmen die mit Abstand am höchsten entwickelte Provinz. Entsprechend der von František Palacký im 19. Jahrhundert vorgezeichneten politischen Linie waren die Tschechen bestrebt, die Einheit und Unabhängigkeit Österreich-Ungarns zu bewahren, und stellten sich gegen ein wirtschaftliches Zusammengehen mit Deutschland. In den ersten beiden Kriegsjahren blieben die tschechischen Politiker ihrer Linie treu, gemeinsam mit den anderen Völkern verteidigten die Tschechen die Monarchie. Bis Mai 1916 gewährten tschechische Banken der Regierung in Wien vier Kriegsanleihen. Die Zusicherungen der deutschen Behörden für eine friedliche und freie Entwicklung der Völker Mitteleuropas ließen die tschechische öffentliche Meinung jedoch nicht unbeeindruckt und zeitigten auch im Bereich der Wirtschaft Spuren.

Die Presse betonte immer wieder, die Rettung des Staates sei die wichtigste Aufgabe seiner Bürger, und verortete die Stärke einer Gesellschaft in der wirtschaftlichen Stärke ihres Staates. Mit Hinweis auf die österreichische Hymne, derzufolge Österreich niemals untergehen werde, stellte ein Kommentator der Brüner „Lidové noviny“ (Volkszeitung) fest, daß es notwendig sei, den Staat zu verteidigen, in dem das tschechische Volk Schutz gefunden habe und in der letzten Zeit unerhört aufgeblüht sei.

Unsere wirtschaftliche Stärke ist von unseren Gegnern zu Beginn des Krieges geringgeschätzt worden, und wir selbst waren uns ihrer nicht bewußt [...]. Den Endsieg können wir nur mit dieser Waffe erringen, die uns der Feind aufgezwungen hat. Er wollte uns wirtschaftlich vernichten, er wollte uns aushungern. Dagegen müssen wir uns mit unserer wirtschaftlichen Stärke wehren.⁵

⁵ Čtvrtá hospodářská bitva [Die vierte Schlacht der Wirtschaft]. Lidové noviny vom 17.4.

Je länger der Krieg dauerte, desto erstrebenswerter erschien den Tschechen der Status eines neutralen Staates. Das Beispiel Dänemarks, Schwedens und zunächst auch Rumäniens bestätigte diesen Eindruck. Den kleinen Völkern Mitteleuropas würde nichts anderes übrigbleiben, als die Schaffung eines neutralen Staates bei möglichst geringer Abhängigkeit von Deutschland zu erreichen.

Im Falle ihres Sieges wird Mitteleuropa die erste Forderung der Mittelmächte sein. [...] Kein Zolltarif der Welt wird daran etwas ändern, und deshalb müssen wir uns dagegen wehren, notfalls mit Gewalt.⁶

Der Führer der Jungtschechen, Karel Kramář, hatte noch wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges einen Plan nach Rußland geschickt, der die Bildung eines panslawischen Staates als Gegengewicht zum kaiserlichen Deutschland vorsah. Die Bildung eines selbständigen tschechischen Staates kam wegen des Expansionsdranges der deutschen Industrie auch in den kühnsten Gedankenspielen nicht vor. Kramář war überzeugt, daß ein „deutscher Friede“ unter allen Völkern Mitteleuropas nur den Ungarn von Nutzen sein würde, denn er hätte es diesen ermöglicht, die Hegemonie in ihrer Reichshälfte aufrechtzuerhalten. Die Jungtschechen waren jedoch davon überzeugt, daß die böhmischen Länder eine entscheidende Rolle im österreichisch-ungarischen Staatsgefüge spielen müßten.⁷

Wesentlich für die Einschätzung der Lage in den Kriegsjahren waren Konzepte, die in den Jahren 1905 bis 1914 Eingang in die tschechische Politik gefunden hatten. Danach galt der Weltkrieg als Konflikt zwischen Slawen und Germanen. Die Verhinderung des Mitteleuropa-Planes wurde dementsprechend zum höchsten Ziel tschechischer Politik, denn hinter einer Fassade von Gleichberechtigung und Wirtschaftsliberalismus verbarg sich die Instrumentalisierung der Völker Mitteleuropas für die Bedürfnisse des deutschen Großkapitals. Die Umsetzung dieses Plans hätte auf lange Sicht eine Unterwerfung der slawischen Völker unter die deutsch-ungarische Hegemonie zur Folge gehabt. Deshalb knüpften tschechische Politiker Kontakte zu Politikern anderer slawischer Völker und bemühten sich darum, eine Zusammenarbeit zur Zerschlagung der Habsburgermonarchie sowie auch des Königreiches Ungarn in die Wege zu leiten. Sie verständigten sich mit polnischen Politikern, doch zeigten sich Differenzen im Verhältnis zu Rußland. Władysław Studnicki kritisierte die tschechische *raison d'être* und stellte sie in Opposition zu den polnischen Forderungen. In der tschechischen Zeitschrift „Samostatnost“ (Selbständigkeit) rief er die Tschechen zur Teilnahme am Mitteleuropa-Projekt auf und erklärte, daß er in jedem, der sich zum Freund Rußlands mache, einen Gegner sehe.⁸

1916. – Povinnost občanů rakouských [Die Pflicht österreichischer Staatsbürger]. Lidové noviny vom 13.5.1916.

⁶ Lidové noviny vom 17.6.1916. – Wojna a mniejsze państwa [Der Krieg und die kleineren Staaten]. Czas vom 29.1.1916.

⁷ Herman, Karel/Sládek, Zdeněk: Slovanská politika Karla Kramáře [Die Slawenpolitik von Karel Kramář]. Rozpravy Československé akademie věd 81 (1971) Heft 2, 51.

⁸ Studnicki, Władysław: Szkice polityczne z zakresu polityki międzynarodowej [Politische Essays zur internationalen Politik]. Warszawa 1917, 109. – Beneš, Edvard: Úvahy o slovanství [Gedanken über die Slawen]. London 1947, 146–150. – Stambolski, E.:

Zu den deutschen Kriegszielen gehörte die politische Unterordnung und wirtschaftliche Ausbeutung des Nahen Ostens. Deutschland besaß in Afrika Kolonien, die nur von relativ geringem Wert waren, und trachtete deshalb danach, im Osmanischen Reich und auf dem Balkan eine hegemoniale Position zu erringen. Damit verbunden war die Tatsache, daß das Recht auf staatliche Eigenständigkeit keinem der Völker Mitteleuropas zugestanden wurde. Die tschechischen Realisten hielten die Zerstörung Österreich-Ungarns für eine historische Notwendigkeit. Allerdings nahmen sie die Zerschlagung zuerst des ungarischen Staates und dann der gesamten Monarchie erst während der Emigration im Westen in ihren Forderungskatalog auf. Diese Art Politik war bezeichnend für die Vertreter der kleinen Völker, die sich wirtschaftlich schnell entwickelten und die Einführung neuer Zollschränken nicht fürchteten – wohl aber die politischen Ambitionen mächtiger Nachbarn.⁹

Die tschechischen Politiker hatten erheblichen Anteil an der Zeichnung eines negativen Bildes der Naumann-Konzeption im Westen. Sie stellten sich entschieden gegen die Versuche der Westmächte, Österreich-Ungarn zum Ausscheiden aus dem Krieg zu bewegen und ihm in einem Separatfrieden Preußisch-Schlesien zu überlassen. Masaryk wandte sich scharf gegen einen solchen Plan und behauptete, dieser trage nicht zur Lösung der wesentlichen Fragen in Mitteleuropa bei und überlasse die Tschechen sogar in den Ländern der Wenzelskrone schutzlos der Übermacht der deutschen Wirtschaft. Die deutsche Gefahr schien um so größer, als die Tschechen anders als beispielsweise die Südslawen außerhalb Österreich-Ungarns über keine politische Unterstützung verfügten.¹⁰

Der Raum zwischen dem Finnischen Meerbusen und dem Ägäischen Meer wurde oft als „Gefahrenzone für Europa“ bezeichnet. Dieser Streifen kleiner Völker hätte, deutscher Vorherrschaft überlassen, den Grund für einen neuen Krieg geliefert. Die tschechischen Politiker in der Emigration hielten die Zerschlagung der großen Reiche und die Bildung kleinerer Nationalstaaten für unbedingt notwendig, denn andernfalls hätte Deutschland nicht nur die gesamte Region beherrscht, sondern wäre auch Rußland gefährlich nahe gekommen. Nach Ansicht Masaryks und Beneš konnte dem deutschen Expansionsstreben nur durch eine Stärkung der Völker Mitteleuropas und eine Demokratisierung Rußlands Einhalt geboten werden.¹¹

Sprawa polska na tle wojny europejskiej [Die polnische Frage vor dem Hintergrund des europäischen Krieges]. Moskva 1917, 15–20.

⁹ Belgien und Serbien standen damals als Beispiele einer solchen Politik jedermann vor Augen. Vgl.: Kann, Robert Adolf: *The multinational Empire: Nationalism and national reform in the Habsburg monarchy 1848–1918*. New York 1950, 250–254. – Die zugesicherte Gleichberechtigung der Völker im neuen Mitteleuropa wurde vom gleichzeitig postulierten Vorrang deutscher Industrie und deutscher Sprache konterkariert. Das blieb natürlich nicht unbemerkt. Kopáček, J.: *Střední Evropa u T. G. Masaryka a jiných státníků za první světové války* [Mitteleuropa bei T. G. Masaryk und anderen Staatsmännern während des Ersten Weltkrieges]. In: T. G. Masaryk a střední Evropa [T. G. Masaryk und Mitteleuropa]. Brno 1994.

¹⁰ Jindra: *Der Plan der deutschen Hegemonie* 67–70.

¹¹ Masaryk, Tomáš Garrigue: *Das Problem der kleinen Völker in der europäischen Krisis*. Praha 1922, 17–19. – Ders.: *Das neue Europa. Der slavische Standpunkt*. Berlin 1922. – Taylor, Alan John: *The Habsburg Monarchy: 1809–1918. A History of the Austrian Empire and Austria-Hungary*. London 1942, 284–286.

Im Oktober 1916 wurde in London die Zeitschrift „The New Europe“ gegründet, auf deren Seiten die Befreiung Mitteleuropas von der deutschen Vorherrschaft propagiert wurde. Bereits seit Mai 1915 erschien „La Nation Tchèque“. In diesem Blatt wurde im Dezember 1916 (Nummer 19) der Beitrag von Edvard Beneš „L'aspect économique de l'Europe Centrale pangermaniste“ veröffentlicht, in dem das Mitteleuropa-Projekt einer grundlegenden Kritik unterzogen wurde. Beneš propagierte auch die nationale Einheit von Tschechen und Slowaken. Am 11. Januar 1917 brachte „The New Europe“ eine Karte des von den Mittelmächten kontrollierten Raumes, dazu die Angabe der Bevölkerungszahl (187 Millionen) und die Unterschrift: „Dafür würde Deutschland schon heute Frieden schließen.“¹²

Naumann unternahm mehrere Reisen nach Böhmen, um Anhänger für seinen Mitteleuropa-Plan zu werben, konnte aber lediglich den Sozialdemokraten Bohumil Šmeral und den konservativen Historiker Jaroslav Goll für sich interessieren. Da seine Verhandlungen in Böhmen scheiterten, bemühte sich Naumann bei den ungarischen politischen Eliten um Unterstützung. Im Laufe der Gespräche distanzieren sich die Ungarn aber vom Vorschlag einer Wirtschaftsunion mit Deutschland. Von da an wurde die Habsburgermonarchie und hier insbesondere Ungarn zum Zentrum des Engagements für die Einheit Mitteleuropas.

In Deutschland meldeten sich immer mehr Zweifel an der Zukunft des Mitteleuropa-Projektes. Deutschen Publizisten erschienen die postulierten gemeinsamen Interessen der Donauanrainer höchst zweifelhaft, noch zweifelhafter kam ihnen allerdings die These von der kulturellen Verwandtschaft der Völker Mitteleuropas vor. Die Deutschen selbst hielten den Glauben an eine wie auch immer geartete mitteleuropäische Seele für eine gefährliche Utopie. Das stärkste Bindeglied des neuen Mitteleuropas wäre der Glaube geworden, mit der politischen und wirtschaftlichen Einheit würden die Völker einander näher kommen. Die Wirklichkeit war jedoch eine andere:

Magyaren, Polen, Tschechen, Kroaten, Rumänen, Ruthenen, die zusammen bei weitem den größten Teil der Bevölkerung des Donaustaates ausmachen, sind uns Deutschen Menschen völlig fremder Art. [...] Viele von ihnen hassen uns, weil wir ihre Lehrmeister in vielen Zweigen der Kultur gewesen sind. So hassen uns namentlich die Tschechen, die der Ansicht sind, daß wir ihnen mit Unrecht einen Teil des Bodens, der ihnen gebühre, entrissen und sie jahrhundertlang an der freien Entwicklung ihrer Nationalität verhindert hätten. Auch die Polen lieben uns nicht, namentlich der polnische Adel, weil wir sein Eldorado, das alte Polenreich, haben zerstören helfen. Die Magyaren haben lange unter der Herrschaft der österreichischen Deutschen schwer gelitten; nachdem sie ihre Gleichberechtigung errungen hatten, haben sie sich bemüht, alle erlittenen Unbilden den in ihrer Reichshälfte verbliebenen Deutschen nach Kräften heimzuzahlen.¹³

Innerhalb der Monarchie verfügten die böhmischen Länder mit ihrer hoch entwickelten Industrie, gesicherten Absatzmärkten und den Überschüssen der unga-

¹² Edvard Beneš hielt im Oktober 1916 eine Reihe von Vorträgen, die er später unter dem bezeichnenden Titel „Détruisez-vous L'Austro-Hongrie“ veröffentlichte. Weiterführend: Seton-Watson, Hugh/Seton-Watson, Christopher: The making of a new Europe. R.W. Seton-Watson and the last years of Austria-Hungary. Seattle 1981, 155–460.

¹³ Brandenburg: Deutschlands Kriegsziele 30.

rischen Landwirtschaft als Hilfsquelle über eine bequeme Stellung. Bei Verwirklichung des Mitteleuropa-Projektes war mit einer wachsenden Rivalität zwischen der böhmischen und der deutschen Wirtschaft zu rechnen. Die ungehinderte Einfuhr deutscher Industriewaren hätte die Entwicklung der Industrie in Böhmen und Mähren hemmen können. Besonders beunruhigend waren in diesem Zusammenhang die Unterschiede bei den Produktionskosten in Deutschland und Böhmen. Ein Abbau der bislang bestehenden Zollschränken zum Deutschen Reich hätte die böhmische Industrie ernsthaft gefährden können. Der Präsident der Prager Handels- und Gewerbekammer, Němec, erklärte, daß auch die Zusicherung der Gleichberechtigung innerhalb der Wirtschaftsunion die ökonomische Wirklichkeit nicht außer Kraft setzen könne.

Wir können selbst bei Einrichtung von Binnenzöllen nicht einen einheitlichen Außenzoll bilden, weil wir von der ausländischen Produktion abhängig sind und wir anderen Staaten dieselben Vorteile gewähren müssen wie unserer Wirtschaft.¹⁴

Die tschechischen Realisten sahen den Krieg als Kampf zwischen dem dynastisch-militaristischen und dem bürgerlich-demokratischen Lager. Für den Ausbruch des Krieges machten sie das dynastisch-militaristische Lager verantwortlich, weil es sich einer Lösung der südslawischen Frage entsprechend den Wünschen der dortigen Völker widersetzte. Sie behaupteten, die nationale Frage würde im Rahmen des Mitteleuropa-Projektes genauso wie auf dem Balkan unterdrückt werden. Damit solle nur der Zerfall Österreich-Ungarns und der Türkei verhindert werden, denn Deutschland brauche beide Länder, um einen sicheren Zugang nach Nordafrika und in den Nahen Osten zu gewinnen. Die Realisten begriffen den Krieg auch als blutige Lektion, die der Menschheit beweisen sollte, daß der Wiederaufbau Europas auf der Basis unabhängiger Nationalstaaten erfolgen mußte. Naumanns Projekt fand wegen unklarer Formulierungen und der Nichtberücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in den böhmischen Ländern nur wenige Anhänger. Naumann hatte sich auch nicht zu den Perspektiven einer selbständigen Existenz der Tschechen und Slowaken geäußert, was die Politiker in der Emigration zutiefst beunruhigte.

Bei Naumann war die nationale Frage auf eine kulturelle und sprachliche Autonomie reduziert. Die ganze Mitteleuropa-Terminologie sollte nach Ansicht Masaryks nur die traurige Perspektive eines Zusammenschlusses wirtschaftlicher und politischer Interessen und letztlich die Aufgabe der kulturellen Eigenständigkeit der kleinen Völker dieser Region verschleiern. Große Sorgen verbanden sich auch mit den Plänen der Mittelmächte, die von Rußland eroberten polnischen Gebiete unter

¹⁴ Ähnlich äußerten sich auch deutsche Unternehmer aus dem Prager Handelskammerbezirk. O „centralną Europą“ [Über „Zentraleuropa“]. Czas vom 9.2.1916. – Nowa Reforma vom 11.2.1916. – Wereszycki, Henryk: Pod berłem Habsburgów [Unter dem Zepter der Habsburger]. Kraków 1986. – Meyer, Henry Cord: Mitteleuropa in German thought and action 1815–1945. Den Haag 1955, 189–193, 209–210. Meyer weist darauf hin, daß nach der Ablehnung des Mitteleuropa-Planes in Böhmen und Ungarn (also seit 1917) der Schlüssel zum Erfolg des ganzen Projektes nicht mehr an der Donau gelegen habe, sondern in den polnischen Gebieten.

sich aufzuteilen. In diesem Zusammenhang sprachen sich an der Jahreswende 1915/1916 der „Verein zur Ermunterung des Gewerbegeistes“ in Böhmen und die Handelskammern in Prag, Budweis (České Budějovice) und Pilsen (Plzeň) gegen den Naumann-Plan aus. Nach ähnlichen Reaktionen von ungarischer Seite waren sich Politik und Wirtschaft in Böhmen einig, daß das einzige Ziel der Mitteleuropa-Pläne in der Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten für die deutsche Industrie bestehe.¹⁵

Wie die Führer der böhmischen Stahl- und Chemiekartelle erklärten auch Vertreter der deutschböhmischen Industrie, ein gemeinsames Zollgebiet würde die Entwicklung der Wirtschaft in Böhmen behindern. Eugen Kubinzky, Richard Jahn, Franz Malinsky und Josef Gruber versicherten ebenso wie ungarische Regierungsvertreter, daß die Annahme der Mitteleuropa-Konzeption die Zukunft der böhmischen Industrie ernsthaft gefährdet hätte. In Finanzkreisen fürchtete man, die Tätigkeit deutscher Banken auf dem Territorium der Monarchie werde die Handlungsmöglichkeiten des österreichischen und tschechischen Kapitals einschränken. Zudem hätte die Annahme des Naumann-Konzeptes eine Absage an die nationalen Forderungen der Tschechen bedeutet, die auf eine Stärkung ihrer Position in der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielten. Lediglich einige Vertreter der Großindustrie propagierten die Mitteleuropa-Idee, um das Lager der Anhänger eines Zusammenschlusses des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns zu vergrößern.¹⁶

Wenig vertrauenerweckend wirkte zudem die Tatsache, daß das Deutsche Reich als natürliches Vorbild für das neue Mitteleuropa präsentiert wurde. Wegen seines traditionell föderalen Staatsaufbaus sollte Deutschland das Beispiel einer toleranten Regierungsform für multiethnische Regionen abgeben. Allerdings überzeugte das Image des „Völkerbefreiers“, das Naumann dem Reich zuschrieb, wegen der Bestrebungen zur Germanisierung der Polen, Dänen und Elsässer Franzosen nicht. In der Habsburgermonarchie war in Kreisen der äußersten deutschen Rechten zunehmend von der Notwendigkeit eines Anschlusses an das Deutsche Reich die Rede, der den österreichischen Deutschen die führende Position in Cisleithanien sichern und ihre wirtschaftliche Lage verbessern sollte. Für den Fall des Zustandekommens einer engen Union zwischen den Mittelmächten war vorgesehen, der deutschen Sprache den Status eines *primus inter pares* zuzuerkennen. Außerdem sollten die Nationalitätenfragen nach und nach von den wirtschaftlichen und militärischen Angelegen-

¹⁵ Beneš: Úvahy o slovanství 140–160. – Fuchs, Gerhard/Königer, Heinz: Der deutsche Imperialismus und die Tschechoslowakei. In: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart. Hrsg. v. Horst Köpstein. Leipzig 1964, 90–122. (Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Ges.- u. sprachwiss. Reihe. Sonderband 4). – Kovtun, Jiří: Masarykův triumf. Příběh konce velké války [Masaryks Triumph. Eine Geschichte vom Ende des großen Krieges]. Toronto 1987, 194.

¹⁶ Die Prager Národní listy (Nationalzeitung) eröffneten am 22. 7. 1915 eine Kampagne gegen den Marschall des österreichischen Reichsrates, weil dieser die Ansichten Naumanns vertreten hatte. Sprachrohr der Pangermanen war die Zeitschrift „Deutsche Presse“. Irinyi, Károly: Mitteleurópa-tervek és az osztrák-magyar politikai közgondolkodás [Die Mitteleuropa-Pläne und die politische Öffentlichkeit Österreich-Ungarns]. Budapest 1973, 151.

heiten getrennt werden, über die sich Deutschland die Entscheidungshoheit vorbehalten wollte. Das Mitteleuropa-Projekt sollte nach Naumann keineswegs zur Gleichberechtigung aller Völker führen, sondern lediglich deren bessere Behandlung sicherstellen.

Aber auch wenn ein mitteleuropäischer Oberstaat und eine mitteleuropäische Nationalitätenduldung eines Tages da sein sollten, so würde das wiederum keine Souveränität der Kleinvölker bedeuten können. Das ist schmerzlich, aber so will es die Weltgeschichte: politische Kleinbetriebe bedürfen der Anlehnung.¹⁷

Für die Herrschaft über die Völker Mitteleuropas war das befreundete Österreich-Ungarn außerordentlich wichtig. Bereits im Jahre 1900 hatte Naumann erklärt, man müsse die Einheit dieses Staates unbedingt erhalten, selbst um den Preis eines Krieges mit Rußland.

Die polnische Sicht auf das Mitteleuropa-Projekt

Unter den polnischen politischen Eliten waren die Meinungen über das Mitteleuropa-Projekt geteilt. Galizische Politiker verbanden mit Friedrich Naumanns Plänen die Hoffnung auf eine Lösung der polnischen Frage im Sinn der sogenannten austropolnischen Konzeption, d. h. durch Angliederung Kongreßpolens an Österreich-Ungarn. In diese Richtungen gingen vor allem die Überlegungen in der Sozialdemokratie und der Volkspartei. Ihre Vertreter glaubten nicht, daß Rußland oder Deutschland Polen jemals die Unabhängigkeit gewähren würden und sahen deshalb die einzige Chance für einen polnischen Nationalstaat an der Seite Österreichs, das allein eine gewisse Gewähr für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung des polnischen Volkes zu bieten schien. Diese Politiker wiesen deshalb jeden Gedanken an die Bildung eines polnischen Staates an der Seite Deutschlands – etwa nach dem Delbrück-Plan einer erneuten Inthronisation der Wettiner – zurück. Eine Aufteilung Kongreßpolens unter den Mittelmächten lehnten sie erst recht ab. In der Teilnahme am deutschen Mitteleuropa-Plan sahen galizische Politiker lediglich eine Kooperation mit dem Bündnispartner Österreichs. Hielten sie es also für unvermeidlich, mit Deutschland zusammenzuarbeiten, so erblickten sie doch auch einige positive Aspekte in dieser Partnerschaft, unter anderem die Möglichkeit zu unbeschränkter wirtschaftlicher Expansion nach Osten.

Die Einbeziehung neuer Völker in den mitteleuropäischen Verband würde zu einer Änderung der nationalen Zusammensetzung des Deutschen Reiches führen und es damit toleranter gegenüber anderen Volksgruppen machen. Eine Übernahme der Reichsregierung durch die Sozialdemokratie könnte, so schien es einigen polnischen Politikern in der Emigration, zu einer Demokratisierung der Verhältnisse in Deutschland und damit auch zu einer Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses führen. Die polnischen Gebiete könnten nur dann Teil des neuen Mitteleuropa werden, wenn ihnen angemessene Entwicklungsmöglichkeiten geboten würden, und das konnte nur heißen, wenn die Einheit des einstigen Königreiches Polen wiederhergestellt würde.

¹⁷ Naumann: Mitteleuropa 92. – Jindra, Zdeněk: Germany and the Slavs in Central Europe. Praha 1961, 45–46.

Nur mit Österreich können wir sie [die Unabhängigkeit] in größerem oder kleinerem Umfang verwirklichen. [...] Es gibt bei uns einige Phantasten und Wankelmütige, die glauben, daß die Polen in Verbindung mit Deutschland, statt mit der Habsburgermonarchie große Gebiete in Litauen, Weiß- und Kleinrußland erwerben könnten. Die Naivität dieser Meinungen ist offensichtlich.¹⁸

Die austropolnische Konzeption und das Mitteleuropa-Projekt fanden einen Fürsprecher in der Person des Außenministers der österreichisch-ungarischen Monarchie, Graf Gyula Andrassy. Voraussetzung für eine breite Zustimmung zum Mitteleuropa-Plan war seine Annahme durch die Donaumonarchie – zumindest solange sie die Bedingungen noch diktieren konnte. Nachdem sie ein bloßes Werkzeug der deutschen Politik geworden war, galt dies natürlich nicht mehr. Andrassy sah Polen im neuen Mitteleuropa als souveränes Gebilde im Rahmen des mitteleuropäischen Verbandes, was bei einer Ausgliederung Galiziens aus Cisleithanien auch den Ungarn zugute gekommen wäre, da sich das Verhältnis zwischen den Slawen einerseits, Ungarn und Deutschen andererseits zugunsten der letzteren Gruppe verschoben hätte.¹⁹

Daß der Wiener Hof die Lösung der polnischen Frage dann so lange verschleppte, führte bei den Anhängern der austropolnischen Lösung zu erheblicher Verbitterung. Seit der Besetzung Kongreßpolens durch die deutsche Armee war bereits ein Jahr vergangen, ohne daß es zu einer Entscheidung über die Bildung eines Wirtschaftsverbandes oder eine Angliederung Kongreßpolens an die Habsburgermonarchie gekommen wäre. Die Habsburgtreue der Polen, die mit ihrer Politik „den Wiener Thron stets wie Efeu umkränzt und ihm als Legionäre ihr Blut geschenkt hatten“,²⁰ fand keine hinreichende Würdigung, schrieb der Sozialist Ignacy Daszyński in seinen Erinnerungen.

Angesichts des Ausbleibens einer politischen Lösung der polnischen Frage und unter Berücksichtigung der realen Möglichkeiten der polnischen Wirtschaft meldeten sich Zweifel, ob der Kampf der Polen nicht nur einer kommenden wirtschaftlichen Ausbeutung der polnischen Gebiete nach dem Krieg den Boden bereite. Immer deutlicher wurde, daß den Mittelmächten weit mehr an wirtschaftlicher Expansion als an einer Klärung der polnischen Frage im Sinne des Volkes gelegen war. Es war nicht auszuschließen, daß die Kriegsteilnahme der Polen an der Seite der Mittelmächte

[...] an den Ufern der Weichsel, in der Mitte Europas ein völkisches und wirtschaftliches Niemandsland schaffen könnte, und wenn nicht wir, die wir seit altersher seine Herren sind, es ausfüllen, dann füllen es andere aus, stärkere. Umsonst werden die Bemühungen unserer politischen Organisationen sein, umsonst Rokitny, Mołotkowy und Łowczówki²¹ [...] wenn es an Polen fehlt, wenn wir im eigenen Land zu Entrechteten herabsinken [...].²²

wartete der Kommentator von „Głos Narodu“.

¹⁸ Mazur, J.: Niemcy a sprawa polska [Deutschland und die polnische Frage]. Lausanne 1916, 60–64.

¹⁹ Sokolnicki, Michał: Polska w pamiętnikach wielkiej wojny 1914–1918 [Polen in Erinnerungen aus dem großen Krieg 1914–1918]. Warszawa 1925, 427–430. – Głos Narodu vom 11.11.1916.

²⁰ Daszyński, Ignacy: Pamiętniki [Erinnerungen]. Kraków 1926, 241–242.

²¹ Orte, an denen die polnischen Legionen an der Seite der Mittelmächte gegen Rußland gekämpft hatten.

²² Głos Narodu vom 19.12.1915.

Zu den Anhängern des Mitteleuropa-Projektes zählten auch polnische National-ökonomien. Sie verbanden mit dem Konzept keine politischen Hoffnungen und bewerteten es ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Besonders interessante Ansichten vertraten Zofia Daszyńska-Golińska und Klaudiusz Agerman, ein galizischer Industrieller, der der Volkspartei nahestand. Agerman sah in einem Beitritt zum Mitteleuropa-Projekt große Entwicklungschancen für die Textilindustrie und die Landwirtschaft in Kongreßpolen. Die Erschließung neuer Märkte in Asien sollte der polnischen Industrie nicht nur neue Absatzmöglichkeiten verschaffen, sondern auch billige Rohstoffquellen. Die bereits in verschiedenen Teilen der Welt existierenden Wirtschaftsverbände dienten ihm als Vorbild. Der mitteleuropäische Verband sollte darüber hinaus der Festigung der Freundschaft zwischen Deutschen, Ungarn und Polen dienen. Polen sollte nach der Vorstellung von Agerman im Rahmen des Verbandes als Zusammenschluß Kongreßpolens und Galiziens wiederentstehen – mit der Perspektive einer Expansion über den Bug hinaus nach Osten. Die Frage der Zuordnung der Provinz Posen ließ er offen. Zur Erschließung der polnischen Ostbezirke wollte Agerman die Arbeitsmigration aus Galizien nach Amerika einschränken. Das neue Mitteleuropa sollte

als politisch und wirtschaftlich starke Festung neben den anderen Weltblöcken stehen. [...] Und die freien Völker sollen in ihm für viele Jahre einen Hort für eine friedliche Entfaltung finden.²³

Zofia Daszyńska-Golińska sah Polen als Vermittler im Handel zwischen Ost und West. Den größten Nutzen aus einer Mitgliedschaft im Mitteleuropa der Zukunft sollte die polnische Landwirtschaft ziehen. Die polnischen Arbeiter sollten Errungenschaften erzielen, über die die deutschen Arbeiter schon seit langem verfügten. Von einer Germanisierung konnte, so glaubte Golińska, keine Rede sein, denn die Konkurrenz mit den Polen um den russischen Markt würde die Deutschen von einer Germanisierung abhalten. Dem Deutschen Reich mußte daran gelegen sein, nicht eine Kolonie, sondern einen wirtschaftlich gleichwertigen Staat als Partner an seiner Seite zu haben. Doch auch in Deutschland selbst sollte diese Verbindung zu politischen Veränderungen führen. Der Einfluß des polnischen Proletariats auf die deutsche Sozialdemokratie würde diese von ihrer bisherigen imperialistischen Haltung, „keinen Fußbreit deutschen Bodens“ aufzugeben, abrücken lassen und sie würde den Nationalitätenproblemen aufgeschlossener gegenüber treten. Daszyńska-Golińska zufolge konnte die Souveränität nur erreicht werden, wenn

[...] wir die Möglichkeit besitzen, selbst über das eigene Schicksal zu entscheiden, wenn wir als Partei angesehen werden, der man die Bedingungen nicht aufzwingt, die vielmehr über die gleichen Rechte verfügt und sich ihre Bedingungen selbst schafft.²⁴

²³ Agerman, Klaudiusz: Ukształtowanie się związku gospodarczego państw centralnych po zakończeniu wojny [Die Ausgestaltung des Wirtschaftsverbandes der Mittelmächte nach der Beendigung des Krieges]. In: *Studia Ekonomiczne*. Kraków 1916, 33–49. – Die Forderung nach Abtrennung der Provinzen Posen und Westpreußen von Preußen wurde hauptsächlich von polnischen Politikern in der Emigration erhoben. Weitergehend: Kowalczyk, Jan Jakob: *Prussian Poland. A stronghold of German militarism*. Kopenhagen 1917, 50–59.

²⁴ Daszyńska-Golińska, Zofia: *Środkowoeuropejski Związek Gospodarczy i Polska*

In diesem Zusammenhang kommt einem Standpunkt, den Golińska bereits im Dezember 1914 auf einer wirtschaftswissenschaftlichen Konferenz in Budapest vorgetragen hatte, wesentliche Bedeutung zu. Damals hatte sie erklärt, das Mitteleuropa-Projekt sei unter der Voraussetzung realistisch, daß alle Mitgliedsstaaten untereinander zwar engere wirtschaftliche Bindungen eingingen, ihre handelspolitische Souveränität aber unangetastet bliebe.²⁵

Die polnischen Politiker waren insgesamt sehr zurückhaltend, was die endgültige Bestimmung ihres Verhältnisses zum Mitteleuropa-Projekt betraf. Sie fürchteten, das ganze Projekt könnte eine vorübergehende Modeerscheinung sein, lanciert von Deutschland, um die Polen im Krieg zu einem Engagement an deutscher Seite zu bewegen. Die Verhandlungen zwischen Österreich und Deutschland in der polnischen Frage, die schon über ein Jahr dauerten, schienen diese These zu bestätigen. Im „Dziennik Poznański“ wurde besorgt geäußert,

[...] die ganze Angelegenheit wird nicht einmal den Deutschen in Österreich größere Vorteile bringen, wenn extrem nationalistische Bestrebungen im Geiste der Alldeutschen bei den Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen den Ton angeben. Nicht nur die Ungarn und Slawen, sondern auch die anderen nichtdeutschen Völker Österreichs könnten Verdacht schöpfen.²⁶

Mitte Januar 1916 organisierte die „Polnische Vereinigung der Juristen und Nationalökonomien“ eine Diskussion über die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Königreiches Polen. Die interessantesten Thesen hierzu kamen von Hipolit Gliwic, Adolf Wolski und Władysław Żukowski. Sie machten deutlich, daß für die wirtschaftliche Zukunft Polens nicht entscheidend sei, ob es über Märkte im Ausland verfüge, sondern ob dem Land die Möglichkeit gegeben werde, eine eigenständige Wirtschaftspolitik zu verfolgen. An anderer Stelle betonten polnische Politiker, es sei schlecht, wenn die Völker Österreich-Ungarns nach einem Beitritt zur Union ihren Nationalcharakter aufgeben müßten. Sie erwarteten die Bildung eines künstlichen Volkes der Mitteleuropäer, in dem sich der deutsche Automatismus mit dem slawischen Individualismus verbinden würde. Für Befürchtungen sorgte unter den Polen auch die Aussicht auf einen mitteleuropäischen Bundesstaat.

An der Spitze Mitteleuropas müßten sonderbar naive Politiker stehen, wenn sie nicht bemerken sollten, daß die politischen Interessen der Teilnehmer des Bündnisses weit auseinander gehen. [...] Jeder Versuch, diese Unterschiede mit irgendeiner fanatischen Wirtschaftssolidarität zu verwischen, sollte sich besser als politischer Bluff herausstellen, denn als ernsthaftes Vorhaben.²⁷

Die „Nowa Reforma“ bewertete den Naumann-Plan spontan als „Medizin gegen wirtschaftliche Gebrechen jeder Art“. Sie hielt den Plan – vorausgesetzt, daß er aus den Polen „keine Deutschen macht“ – für vorteilhaft.

[Der mitteleuropäische Wirtschaftsverband und Polen]. In: *Studia Ekonomiczne*. 31–32.

²⁵ Weiterführend ebenda 10–30. – *Studnicki*: *Szkice polityczne* 60–63.

²⁶ *Dziennik Poznański* vom 12.3.1916.

²⁷ *Wojna gospodarcza* [Der Wirtschaftskrieg]. *Czas* vom 21.6.1916. – *Europa Środkowa* [Mitteleuropa]. *Czas* vom 20.11.1915.

Ein Pole bleibt ein Pole. [...] Nach dem Krieg muß eine Revision sämtlicher Leitungsmethoden bezüglich der Polen erfolgen und eine bessere Regelung der Verhältnisse innerhalb des Staates gefunden werden.²⁸

Angesichts der Lage, in der sich das polnische Volk an der Jahreswende 1915/1916 befand, erschien es den polnischen Politikern verfrüht, sich offen zu den deutschen Vorschlägen zu äußern. Unter den österreichischen Slawen fand der Plan einer Föderation viele Anhänger. Die Versuche, eine solche Lösung herbeizuführen, reichten bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Der Naumann-Plan war nur akzeptabel, wenn die Mitglieder des mitteleuropäischen Verbandes zugleich unabhängige Staaten blieben. Dann könnten alle Völker Mitteleuropas in größtmöglicher Zufriedenheit und Sicherheit vor den imperialen Ambitionen ihrer Nachbarn leben. Nach Ansicht des „Dziennik Poznański“ hätte eine Föderation die nationalen Wünsche selbst ihrer schwächsten Teilnehmer befriedigen können. In der gegebenen politischen Situation, in der

[...] die Polen nicht über die normalen Möglichkeiten verfügen, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen [...] fehlt seitens der Mittelmächte ein klares Bekenntnis zur Zukunft Polens, zu der die Polen selbst sich nicht eindeutig äußern können.²⁹

Unter diesen Umständen setzte der „Dziennik Poznański“ auf die Deutschen, denn daß ein Bündnis mit Rußland für eine zukünftige polnische Eigenstaatlichkeit keine Vorteile bringen würde, zumindest das war sicher.

Ein großer Befürworter der Konzeption Friedrich Naumanns war Władysław Studnicki. Vor dem Krieg mit der Nationaldemokratie verbunden, führte er seit 1914 eine Kampagne zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens. Nach der Besetzung Warschaws durch die Deutschen unterstützte er als Vertreter der konservativen Kreise den Naumann-Plan. Mehr aus politischen denn aus ökonomischen Erwägungen wollte er die polnischen Gebiete mit Deutschland verbinden, wodurch sowohl eine Bastion gegen den Panslawismus geschaffen als auch ein Ausgreifen Rußlands nach dem Nahen Osten verhindert werden sollte. In der Errichtung eines Wirtschaftsverbandes, den er als Bündnis unabhängiger Staaten in Mitteleuropa ver-

²⁸ Nowa Reforma vom 6.2.1916. Die gleiche Zeitung meldete am 3.2.1916, daß der Prager Handelskammerpräsident Nėmec sich gegen den Anschluß der böhmischen Länder an das neue Mitteleuropa ausgesprochen habe. Nėmec verwies zur Begründung auf die größere Nähe der böhmischen Wirtschaft zur ungarischen, die sich beide sehr schön ergänzten, während es mit den Deutschen doch nur Rivalität gebe. Er warnte erneut vor der unkontrollierten Einfuhr deutscher Waren nach Böhmen, die die weitere Entwicklung dort ersticken könnte.

²⁹ Dziennik Poznański vom 12.3.1916 und vom 4.1.1916. – An die deutsche Hilfe knüpften polnische Politiker große Hoffnungen. Sie glaubten, eine Möglichkeit zur Expansion nach Litauen und Weißrußland gefunden zu haben und wiesen darauf hin, daß die Polen mit den Völkern im Osten kulturell und ethnisch verwandt seien, aber höher ständen als jene. Durch die Wiedererrichtung des polnischen Staates würde ein Damm gegen den russischen Einfluß geschaffen. Allerdings gab es auch polnische Politiker, die die Unabhängigkeit Polens von deutschem Kapital, deutschen Monopolen und deutschem Kulturtrügertum für wichtiger hielten. Studnicki, Władysław: Die Umgestaltung Mitteleuropas durch den gegenwärtigen Krieg. Warszawa 1915, 28–29. – Sokolnicki: Polska w pamiętnikach 44–46.

stand, sah Studnicki eine Möglichkeit, die kleinen Völker der Region und die Ungarn vor der russischen Gefahr zu retten.

So einigten sich also die politischen Kreise der Polen in den von Deutschland besetzten Gebieten auf das Mitteleuropa-Projekt, wenn dies nun einmal der Preis für die Erlangung der Unabhängigkeit sein sollte. Eine Ausnahme bildete die Nationaldemokratie, deren Führer in der Emigration sich ebenso wie die tschechischen Realisten einer deutschen Hegemonie über die polnischen Gebiete widersetzen. Als besonders beunruhigend empfanden sie die Stärke der deutschen Industrie, weshalb sie zumindest die Beibehaltung der Zollgrenze zwischen Kongreßpolen und Deutschland forderten. Das sollte der durch den Krieg geschwächten polnischen Wirtschaft die Möglichkeit zur Erneuerung und Stärkung vor dem Eintritt in die zu erwartende Konkurrenz mit dem ökonomisch viel stärkeren Nachbarn geben. Angesichts der Gefahr, daß Polen mit deutschen Waren überschwemmt werden könnte, hegte man die schlimmsten Befürchtungen.³⁰

Die Gegner des Mitteleuropa-Projektes betonten den imperialistischen Charakter des deutschen Staates. Sie verwiesen auf die Philosophie, die diesem Staat angeblich zugrunde lag und besagte, daß das Deutsche Reich das Recht und die Pflicht habe, sich den ersten Platz unter den Völkern zu erkämpfen, auch wenn dies der Entwicklung anderer Völker schade. Im Falle einer Eingliederung polnischer Gebiete in das Deutsche Reich, wäre Polen nach Preußen der größte Bundesstaat. Aus diesem Grunde müßten die Polen dann über eine starke Position im Reich verfügen und könnten nicht Gegenstand der Verhandlungen über die politischen und wirtschaftlichen Fragen des neuen Mitteleuropa sein, sondern vielmehr aktiver Verhandlungspartner. So hätte die Errichtung eines polnischen Staates auch im Rahmen des Mitteleuropa-Projektes den Stoff für endlose Konflikte bieten können, denn „jede rein wirtschaftliche Forderung würde als politische behandelt werden, und die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung wäre von der Gunst fremder Interessen abhängig“.³¹

Trotz der negativen Konnotationen, die in den polnischen Gebieten mit den deutschen Kriegszielen verbunden waren, hatte das Mitteleuropa-Projekt und damit der Glaube an eine Zukunft des polnischen Volkes an der Seite des Deutschen Reiches bis zur Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litovsk – ja teilweise sogar bis zum Ende des Krieges – durchaus seine Befürworter. Sie waren sich sicher, daß man die polnischen Gebiete nach dem Krieg nicht Rußland überlassen durfte und sahen

³⁰ Studnicki: Die Umgestaltung Mitteleuropas 28–30. – Grossfeld: *Polityka państw centralnych* 54–60.

³¹ Stambolski: *Sprawa polska* 22–25. – *O naszą przyszłość. Rozmowa między trzema Polakami: z Warszawy, Poznania i Krakowa* [Über unsere Zukunft. Ein Gespräch zwischen drei Polen: aus Warschau, Posen und Krakau]. Kraków 1916. – D m o w s k i, Roman: *Polityka polska i odbudowanie państwa* [Die polnische Politik und der Wiederaufbau des Staates]. Warszawa 1988, 258–260. – In einer anonymen Broschüre aus dem besetzten Gebiet wurde ausführlich auf die Gefährdung der politischen und wirtschaftlichen Souveränität Polens hingewiesen. Sie zeigte, daß trotz Zensur vereinzelt auch kritische Stimmen zum Mitteleuropa-Projekt veröffentlicht werden konnten: Ad. Z, *Na przełomie* [Am Wendepunkt]. Piotrków 1916, 76–80.

im Neuaufbau eines polnischen Staates in Anlehnung an das Deutsche Reich zudem eine Möglichkeit, das Aufkommen einer polnischen Irredenta in den von Polen bewohnten preußischen Provinzen zu verhindern. Damit, daß Preußen dem neuen polnischen Staat Teile Posens, Oberschlesiens oder Westpreußens überlassen würde, rechneten sie also nicht. Im Gegenteil: sie bewerteten sogar die Tätigkeit der Kolonisationskommission in den preußischen Ostprovinzen neu und sahen zumindest für einen Teil der preußischen Polen die Möglichkeit, vor dem Druck einer behördlich geförderten deutschen Siedlungsbewegung in die historischen Ostbezirke Polens auszuweichen. Wilhelm Feldman, der in Berlin im Namen des Obersten Nationalkomitees die „Polnischen Blätter“ herausgab, betonte, in wirtschaftlicher Hinsicht sei die Verbindung der polnischen Gebiete mit Rußland auch nicht gerade von Vorteil gewesen. Bis 1914 hatten die Märkte Kongreßpolens schließlich dem Absatz russischer Waren gedient. Der Neuaufbau Polens unter Einbeziehung seiner historischen Ostgebiete würde wegen des niedrigen Entwicklungsstandes des polnischen Ostens vor allem im Bereich der zivilen und militärischen Infrastruktur für neuen Absatz sorgen. Feldman erklärte denn auch die im Falle eines Zusammengehens mit Deutschland so viel beschworene Rivalität mit der deutschen Industrie für ein Hirngespinnst. Er argumentierte, die polnische Industrie werde mit der Erledigung von Regierungsaufträgen und der Hebung des materiellen Niveaus in den Bezirken an der östlichen Grenze, wo sie die deutsche Industrie gar nicht zu Gesicht bekomme, ausreichend beschäftigt sein. Die Abtrennung der polnischen Agrarwirtschaft von den Getreidemärkten Rußlands könne nur als Segen bezeichnet werden.³²

Nach Ansicht der Deutschlandfreunde sprachen auch kulturelle Aspekte für eine Verbindung zwischen Polen und dem Reich. Die Deutschen, so meinten sie, strebten wie die Polen danach, sich von dem Einfluß der Großmächte zu befreien. Die Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges wiesen darauf hin, daß es zu einem Interessenausgleich zwischen den Mittelmächten und ihren Nachbarn kommen mußte. Eine Garantie für die Freiheit der Völker war unumgänglich, nach dem Krieg würde Mitteleuropa auf einer höheren Zivilisationsstufe angelangt sein. Feldman warnte davor, dem polnischen Volk die Verwirklichung seiner nationalen Bestrebungen zu verweigern. Eine Lösung, die den polnischen Forderungen nicht voll entspreche, könnte zur Entstehung russischer Widerstandsnester in den polnischen Gebieten führen.

Die Hoffnungen auf einen Platz für Polen im neuen Mitteleuropa sind nie völlig erloschen, obwohl der Friedensvertrag von Brest-Litovsk den äußersten Versuch darstellte, die Lösung der polnischen Frage auf die ferne Zukunft zu verschieben. So sah es zumindest Adam Napieralski, ein christdemokratischer Politiker aus Oberschlesien und Miteigentümer der Zeitschrift „Katolik“ (Der Katholik). Der Brester Friede befreite die polnischen Politiker von der irrigen Annahme, Deutschland wolle die Nachkriegsordnung im Osten auf Polen gestützt aufbauen. Statt dessen schienen

³² Feldman, Wilhelm: *Sprawa polska w Niemczech. Dwa głosy* [Die polnische Frage in Deutschland. Zwei Stimmen]. Wien 1916, 75–81. Als Beispiel für den positiven Einfluß der deutschen Wirtschaft nennt Feldman Elsaß-Lothringen, das nach dem Anschluß an das Deutsche Reich 1871 enorm aufgeblüht sei.

die Deutschen auf Litauer und Ukrainer zu setzen. Nach Napieralskis Meinung waren diese jedoch nicht geeignet, Deutschland im Osten eine Stütze zu sein, da die Führungsschicht beider Länder hauptsächlich von Polen gestellt wurde. Trotz der nachteiligen Bestimmungen des Brester Friedens knüpften sich große Hoffnungen an den Entwurf Friedrich Naumanns, der schließlich geschrieben hatte: „Es kann sehr wohl sein, daß die Aufrichtung Polens der stärkste Antrieb zur Herstellung von Mitteleuropa wird.“³³

Fazit

Friedrich Naumanns Mitteleuropa-Konzeption rief in den politischen Kreisen der Habsburgermonarchie lebhaftere Reaktionen hervor, insbesondere bei den Tschechen und Polen. Ihre unterschiedlichen Reaktionen auf diesen Plan sind typisch für ganz Mitteleuropa, denn sie repräsentierten die unterschiedliche geopolitische und wirtschaftliche Situation der betroffenen Völker.

Die böhmischen Länder verfügten über eine hochentwickelte Industrie und befanden sich in der Habsburgermonarchie in einer sehr günstigen Situation. Ein Zusammengehen mit Deutschland hätte den Interessen der böhmischen Industrie nur geschadet. Das Naumann-Konzept wurde dort als klarer Versuch gewertet, die Herrschaft der deutschen Wirtschaft und des deutschen Imperialismus auf ganz Mitteleuropa auszudehnen. Die wiederholten Versuche der Deutschen, in den böhmischen Ländern Zustimmung für ein vertieftes Wirtschaftsbündnis zu gewinnen, scheiterten. Für die tschechischen Realisten um Masaryk verband sich das Mitteleuropa-Projekt mit dem schon vor dem Krieg annoncierten Plan zum Bau der Bagdadbahn. Die Tatsache, daß die Gleise für Deutschlands Zukunft ausgerechnet durch Ungarn laufen sollten, dessen Staatsvolk die slawischen Völker in seinem Machtbereich unterdrückte, gab den Tschechen den Imperativ ein, Österreich-Ungarn müsse zerschlagen werden. Die Existenz eines Streifens kleiner Völker zwischen Rußland und Deutschland sollte, so die tschechische Forderung, durch eine Garantie ihrer staatlichen Souveränität sichergestellt werden. Vom nationalen Standpunkt aus hätte das tschechische Volk, das weitgehend von Deutschen umstellt war und noch dazu eine starke deutsche Minderheit im eigenen Lande hatte, nicht mit der Wirtschaft des Deutschen Reiches konkurrieren können. Die einzige Lösung bestand in einer Verständigung mit den Politikern anderer slawischer Völker mit dem Ziel, ein Gegengewicht gegen den deutschen Imperialismus zu schaffen.

Die polnischen Nationalisten um Roman Dmowski unterstützten die Idee einer Stärkung des tschechischen Volkes durch eine Verbindung mit den Slowaken und damit auch die Zerstörung des historischen Ungarn. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den tschechischen und polnischen politischen Eliten bestand jedoch darin, daß erstere angesichts deutscher Angriffe für eine Unterstützung Rußlands eintraten. Eine prorussische Haltung indes war im polnischen politischen Leben eine

³³ Naumann: Mitteleuropa 100. – Napieralski, Adam: Deutschland, Österreich-Ungarn, Polen. Ein Beitrag zur Lösung der polnischen Frage. Beuthen 1918, 15–26. – Napieralski propagierte das Naumann-Projekt, weil er darin große Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung und Ostexpansion des polnischen Volkes sah.

große Seltenheit, lediglich die Nationaldemokraten waren bereit, sie für den Fall des Aufbaus eines gegen Deutschland gerichteten slawischen Blocks zu akzeptieren. Für die Ungarn, die in ihrem Königreich den Panslawismus mit allen Mitteln bekämpften, wäre eine Kooperation mit Rußland überhaupt nicht in Frage gekommen.

Was die polnischen Gebiete betraf, so war die Frage des Verhältnisses zum Mitteleuropa-Projekt außerordentlich kompliziert. Schon vor dem Ausbruch des Krieges hatte es hier Parteien gegeben, die die Zukunft ihres Volkes an der Seite der Mittelmächte sahen. Ein großer Teil des politischen Spektrums, von den Sozialisten bis hin zur Volkspartei, unterstützte die austropolnische Konzeption, dies sogar um den Preis einer engeren Verbindung mit Deutschland im Rahmen des zukünftigen Mitteleuropa. Die Einbeziehung der polnischen Gebiete in den mitteleuropäischen Verband hatte für Deutschland wegen des Zugangs Kongreßpolens zu den Märkten des Ostens besonders große Bedeutung. Anders als bei den Tschechen gab es in den Kreisen der polnischen Politik bis zum Ende des Krieges eine Gruppe von Deutschlandfreunden, die sich die Zukunft Polens an der Seite des Deutschen Reiches vorstellen konnten. In jedem Falle war es für die Polen wesentlich, möglichst weitgehende politische Zugeständnisse zu erringen, was bei Fortdauer des Krieges immer mehr von den Mittelmächten abhing. Ein Anschluß polnischer Gebiete an Österreich-Ungarn im Rahmen des Mitteleuropa-Projektes hätte dessen politische Struktur ernstlich gefährdet und eine Änderung des dualistischen Staatsaufbaus erfordert.

Übersetzt von Stephan Niedermeier